



## Durchbruch bei der Unternehmenssteuerreform

**Nach monatelangen Verhandlungen hat sich eine Arbeitsgruppe der Großen Koalition auf Eckpunkte der Unternehmenssteuerreform geeinigt.**

Danach soll ab Januar 2008 die Steuerlast für Kapitalgesellschaften von aktuell fast 39 Prozent auf 29 Prozent sinken. Die Unternehmen werden damit pro

Jahr um rund fünf Milliarden Euro entlastet, wie Hessens Ministerpräsident Roland Koch und der Bundesfinanzminister bei der Vorstellung des Papiers betonten.

Es ist geplant, einen ersten Gesetzentwurf im Januar vorzulegen; das Gesetz soll noch vor der Sommerpause 2007 in Kraft treten.

Zuvor wird das Konzept den Spitzengremien der Partei vorgelegt. Zentrales Ziel sei es, mit niedrigeren Steuersätzen hiesige Firmen im internationalen Steuerwettbewerb zu entlasten und zu Investitionen zu animieren. Zudem soll erreicht werden, dass Gewinne stärker als bisher in Deutschland versteuert werden und nicht ►

## HEUTE AKTUELL

■ Editorial des Generalsekretärs, Ronald Pofalla (S. 4 – 5) ■ Volker Kauder: Verbunden durch gemeinsame Werte (S. 6 – 7) ■ Ronald Pofalla: Lohnnebenkosten weiter senken! (S. 8) ■ Laurenz Meyer: Punktsieg für Regierung (S. 8) ■ Thomas Rachel: Ehe bleibt Leitbild der Union (S. 9 – 10) ■ Niedersachsen: Beschleunigte Verfahren schaffen Arbeitsplätze (S. 9) ■ Baden-Württemberg: Süd-West CDU verabschiedet Programm (S. 10) ■ Annette Schavan: Ausbildungspakt wird fortgesetzt (S. 11) ■ Christian Ruck: Klimaschutz ist präventive Sicherheitspolitik (S. 15) ■ Dirk Fischer: Guter Tag für deutsche Verkehrsinfrastruktur (S. 15 – 16) ■ Ralf Brauksiepe/Peter Weiß: Rentenfinanzen konsolidieren (S. 16 – 17) ■ Ralf Brauksiepe: Weiter positive Nachrichten vom Arbeitsmarkt (S. 17)

► im Ausland. Die Unternehmer kamen auch überein, ab 2009 eine pauschale Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge wie Zinsen, Dividenden und Veräußerungsgewinne in Höhe von 25 Prozent einzuführen. Die neue Steuer soll anonym erhoben und direkt von den Banken an den Fiskus abgeführt werden. Damit werde Deutschland ein „attraktiver und übersichtlicher Platz“ für internationale Kapitalanleger. Personengesellschaften wie etwa GmbHs, die 84 Prozent aller deutschen Unternehmen stellen, sollen wie Kapitalgesellschaften ebenfalls höchstens mit 29 Prozent besteuert werden, soweit sie ihre Gewinne einbehalten. Bei späterer Entnahme aus dem Betriebsvermögen wird nachbesteuert.

## Gewerbsteuer

Die den Kommunen zustehende Gewerbesteuer bleibt dem Konzept zufolge bestehen. Bei der Bemessungsgrundlage wird aber die Hinzurechnung geän-

dert: Künftig werden alle Zinsen und Finanzierungsanteile von Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzen mit einem Faktor von 25 Prozent eingerechnet. Der Freibetrag soll bei annähernd 100.000 Euro liegen.

## Körperschaftsteuer

Für Großunternehmen wollen die Fachleute bei der Körperschaftsteuer, die auf 15 Prozent sinken soll, eine „modifizierte Zinsschranke“ einführen. Das heißt, sie können Zinsen nur steuerlich absetzen, wenn dem ein angemessen großer Gewinn gegenüber steht. Die Steuerpflicht trifft aber nur Unternehmen, die mehr als eine Million Euro Zinsen pro Jahr geltend machen.

Roland Koch zeigte sich überzeugt, dass die vorgelegte Vereinbarung vor allem für mittelständische und kleine Unternehmen sowie für Personengesellschaften ein gewaltiger Schritt in die richtige Richtung sei.

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, E-Mail: uid@dcd.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse KölnBonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 370 501 98), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

## Unternehmensteuer

## Unternehmensteuer neu geordnet – ein Beitrag für mehr Wachstum und Arbeitsplätze!

Die vereinbarte neue Unternehmensteuer entlastet in erster Linie den Mittelstand, damit neue Arbeitsplätze entstehen können. Diese Reform stärkt auch den Standort Deutschland: Internationale Unternehmen finden verbesserte Rahmenbedingungen, um in unserem Land zu investieren.

### Die CDU konnte drei zentrale Punkte durchsetzen:

- 1. Niedrige Steuersätze als Vorteil im internationalen Standortwettbewerb.**  
Die steuerliche Gesamtbelastung für Unternehmen sinkt nach über 10 Jahren erstmals vom europäischen Spitzenplatz (bisher 39 Prozent!) auf unter 30 Prozent. Damit können wir wieder im europäischen Vergleich mithalten. Die verbesserten steuerlichen Rahmenbedingungen sind Voraussetzung, damit wieder vermehrt internationale Unternehmen in Deutschland investieren. Das schafft unter dem Strich neue Arbeitsplätze und steuerliche Mehreinnahmen.
- 2. Gewinner ist der deutsche Mittelstand!**  
Erstmals profitieren mittelständische Unternehmen (Personengesellschaften) von den niedrigeren Steuersätzen für Konzerne (Kapital- und Aktiengesellschaften), wenn sie Gewinne im Unternehmen behalten. Dies stärkt die Investitions- und Eigenkapitalquote des Mittelstands, dem Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Kleine und mittlere Unternehmen profitieren von neuen und höheren Steuerfreigrenzen und -freibeträgen. Das ist sinnvoll, fair und gerecht, denn es ist der Mittelstand, der rund 70 Prozent der Arbeitsplätze schafft und ca. 80 Prozent aller Auszubildenden in unserem Land beschäftigt.
- 3. Sicherung der steuerlichen Einnahmehasis für die öffentlichen Haushalte.**  
Die Gewerbesteuer bleibt in veränderter Form erhalten, zugleich werden Steuerschlupflöcher geschlossen. Wer dennoch trickst und Gewinne ins Ausland verlagert, muss künftig mit Konsequenzen rechnen. Die Einführung einer Abgeltungsteuer von 25 Prozent ab dem 01.01.2009 ermöglicht die unbürokratische Besteuerung von Kapitalerträgen und beendet die „Kontenschnüffelei“.

Die CDU gibt mit der Unternehmensteuerreform Antworten auf die Erfordernisse der Globalisierung und schafft die Voraussetzungen für Wachstum, Arbeitsplätze und neue Investitionen in Deutschland.

Besser für die Menschen.

**CDU**



Ronald Pofalla



**CDU**

DER GENERALSEKRETÄR

*Liebe Leserinnen und Leser,*

im nächsten Jahr können wir auf 60 Jahre UiD zurückblicken. Das Jubiläum nehmen wir zum Anlass, unserer parteiinternen Kommunikation ein moderneres Format zu geben. Ab dem Jahresbeginn 2007 konzentrieren wir den UiD auf vier Print-Ausgaben pro Jahr. Gleichzeitig ergänzen wir die gedruckte Fassung um den neuen „UiD-Newsletter“, der wöchentlich bis 14-tägig online erscheinen wird. Und: Ab November dieses Jahres wird es erstmals seit langer Zeit wieder ein bundesweites Mitglieder Magazin der CDU Deutschlands geben. Die erste Ausgabe unseres Magazins „Union“ wird allen Mitgliedern in den kommenden Tagen zugesandt. Für das kommende Jahr sind vier weitere Ausgaben geplant.

**Wichtig ist:** Der neue verlinkte UiD-Newsletter ermöglicht es uns, neben der Berichterstattung über wichtige CDU-Ereignisse noch mehr Wert auf aktuellste Informationen für die Arbeit vor Ort zu legen, wie z.B. Argumentationspapiere, Werbematerialien, neue Musterreden oder Musteranzeigen. Durch die vier Print-Ausgaben ist zugleich gewährleistet, dass Sie auch weiterhin wichtige Dokumentationen (z.B. Bundesparteitags-Anträge und -Beschlüsse, Reden, das Werbemittel-Gesamangebot, etc.) in gedruckter Form erhalten.

Schließlich sind Sie als Funktions- und Mandatsträger unserer Partei ganz besonders auf eine schnelle Übersicht über alle neuen Entwicklungen, Materialien, Argumentationshilfen und Angebote angewiesen. Mit dem UiD-Newsletter schaffen wir ein zusätzliches modernes Online-Kommunikationsinstrument.

**Hinzu kommt:** Die Berichterstattung wird durch den UiD-Newsletter noch aktueller, da der E-Mail-Versand einfach schneller ist. Vor allem auch in Wahlkampfzeiten werden wir alle Funktions- und Mandatsträger in noch kürzerer Zeit erreichen und noch besser mit Informationen versorgen können. Und: Die Berichterstattung wird umfassender, weil die entsprechenden Verlinkungen des UiD-Newsletters einen leichteren Zugriff zu Beiträgen aus unseren gesamten Online-Angeboten (z.B. [www.cdunet.de](http://www.cdunet.de) und [www.grundsatzprogramm.cdu.de](http://www.grundsatzprogramm.cdu.de)) sowie aus externen Angeboten (z.B. bei Studien, Umfragen, Wahlergebnissen aus dem Ausland) ermöglichen.

The screenshot shows a web browser window with the URL <http://www.uid.cdu.de>. The page title is "UID - Union in Deutschland". The main heading is "UID UNION IN DEUTSCHLAND". The content is titled "Anmeldung zum UID-Newsletter." and includes the instruction: "Füllen Sie bitte alle Felder der rechten Spalte aus. Ihre Mitgliedsnummer finden Sie z.B. auf Ihrem CDU Mitgliedsausweis." Below this is a "Mitgliedsausweis" image showing a sample membership card with the number "0123-0-11111". To the right of the image is a form with the following fields: "Vorname:\*", "Nachname:\*", "E-Mail:\*", and "Mitgliedsnummer\*" (with a "ABlesen" button). A note below the form states: "Sie haben Ihre Mitgliedsnummer nicht griffbereit? Kein Problem. Wir helfen Ihnen gerne. Rufen Sie einfach unsere Hotline an (Tel. 030 - 220 79 220) oder schicken Sie eine E-Mail an [uid@cdunet.de](mailto:uid@cdunet.de)". A small asterisk indicates that the membership number field is mandatory.

*Ein Tipp: Nutzen Sie schon jetzt die Internetseite [www.uid.cdu.de](http://www.uid.cdu.de). Dort können Sie sich mit Ihrer aktuellen Adresse für den UiD-Newsletter anmelden.*

**Unser Ziel bleibt dabei bestehen:** Wir wollen – mit dem UiD, dem UiD-Newsletter und dem neuen Mitglieder magazin „Union“ – Dienstleister für die Partei sein. Ich hoffe daher, dass Sie der UiD-Newsletter noch mehr als der bisherige UiD bei Ihrer Arbeit unterstützen wird. Für Kritik und Anregungen steht Ihnen wie gewohnt die E-Mail-Adresse [uid@cdu.de](mailto:uid@cdu.de) zur Verfügung.

Herzlichst

Ihr Ronald Pofalla, MdB

Volker Kauder

## Verbunden durch gemeinsame Werte

**Eine meiner ersten Reisen als Vorsitzender der größten Fraktion im Deutschen Bundestag führt mich nach Israel. Ganz bewusst habe ich mich für Israel als Ziel einer meiner ersten Antrittsbesuche entschieden.**



Israels Premierminister Ehud Olmert mit Volker Kauder

Foto: Reuters

Deutschland und Israel sind mittlerweile durch jahrzehntelange freundschaftliche und enge Beziehungen verbunden. Dass sich diese Beziehung 60 Jahre nach der Shoah und dem Ende des Zweiten Weltkrieges in dieser Form gestalten, ist keineswegs selbstverständlich.

Aufgrund der historischen moralischen Verantwortung Deutschlands für die Shoah muss das Existenzrecht des Staates Israel immer unverrückbare Grundposition deutscher Politik bleiben.

Unsere Verbundenheit mit Israel beruht aber nicht nur auf der von uns empfundenen historischen Verantwortung, sondern geht darüber hinaus. Israel und Deutschland sind verbun-

den durch eine gemeinsame jüdisch-christliche Tradition und eine gemeinsame Wertebasis. Die Werte der freien Welt sind das Fundament unserer Beziehungen. Es ist ein stabiles Fundament; es ist ein Fundament mit Zukunft.

Ein Leben in Sicherheit ist die Grundlage für ein Leben in Freiheit. Die Anschläge von New York und Washington, von Madrid und London haben uns in Europa auf erschreckende Weise vor Augen geführt, wie gefährdet die Sicherheit der freien Welt ist. Wir wissen aber auch, dass die Sicherheit Israels in besonderer Weise gefährdet ist und das nicht erst seit dem 11. September 2001. Es ist mir daher wichtig, dass mich mein Besuch auch in den Norden Israels

den müssen.

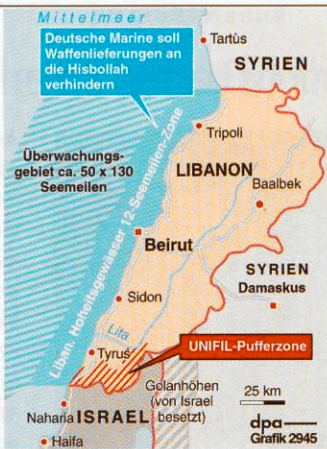
Extremistische Ideologien sind der Kern der gegenwärtigen Bedrohungen der freien Welt. In den vergangenen Tagen haben wir einmal mehr aus Teheran hören müssen, dass dort immer noch eine „Rhetorik der Vernichtung“ gepflegt wird. Sie richtet sich gegen Israel und damit gegen die freie Welt.

Deutschlands Verbundenheit mit Israel findet ihren Ausdruck in unserer Politik: Jüngstes Beispiel ist die Beteiligung an der erweiterten UNIFIL Mission. Der Einsatz der deutschen Marine hat zum Ziel, dazu beizutragen, den Schmuggel von Waffen an die Hisbollah zu unterbinden. Wir beteiligen uns, gemeinsam mit unseren

führt. Ich werde mir ein Bild machen von der Region, in der die Bevölkerung jahrelang unter dem Beschuss von Raketen gelitten hat, so wie andere Teile Israels noch immer unter dem Beschuss aus dem Gazastreifen lei-

### Das Bundeswehr-Mandat vor der Küste Libans

<b>Soldaten</b>	
+ 1 500	Marine-Soldaten
+ 100	für den Lufttransport
+ 400	für Führung und Logistik
+ 300	für die planerische Reserve
+ 100	für Beratung und Ausbildung der libanesischen Marine
<b>Ausrüstung</b>	
2	Fregatten
2	Transporthubschrauber
2	Versorgungsschiffe
4	Schnellboote
<b>Kosten</b>	
46 Mio. Euro	im Jahr 2006
147 Mio. Euro	im Jahr 2007
<b>Operationsgebiet</b>	
50 Seemeilen	vor der Küste
<b>Dauer</b>	
zunächst bis 31. August 2007	



europäischen Verbündeten, weil wir einen konkreten Beitrag zu mehr Sicherheit für die Region leisten wollen. Dazu gehört auch die Herstellung eines souveränen Libanon mit der vollen Kontrolle über sein Territorium.

Deutschland beteiligt sich ebenfalls aktiv an dem Bestreben, den Iran von einem Atomprogramm abzubringen, das dieser zu militärischen Zwecken verfolgt. Im Rahmen der so genannten EU-3 haben wir gemeinsam mit Großbritannien und Frankreich eine klare Position dazu formuliert, die auch die Unterstützung der Vereinigten Staaten findet und auch von Russland und China im Grundsatz geteilt wird. Eine nukleare Aufrüstung des Nahen und Mittleren Osten ist der sicherheitspolitische Alptraum der

freien Welt. Gemeinsam dürfen wir es nicht dazu kommen lassen.

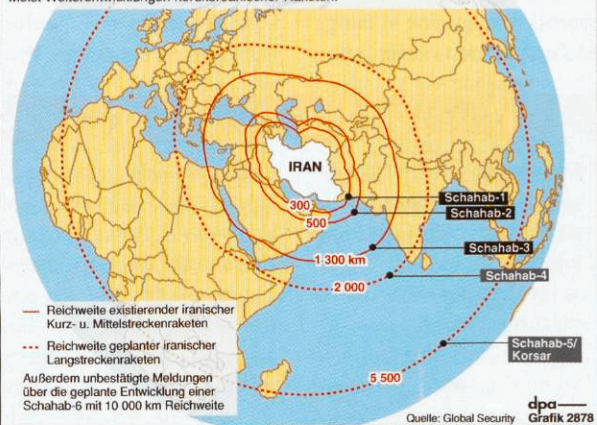
Langfristig wird es Sicherheit für die freie Welt und insbesondere für Israel nur geben, wenn sich die Werte der Freiheit gegen die fundamentalistischen Ideologien durchsetzen. Da-

bei gibt es in allen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens Teile der Bevölkerung, die sich wie wir der Freiheit verpflichtet fühlen. Deutschlands traditionell guten Beziehungen in der Region sollten wir nutzen, diese Bevölkerungsteile zu unterstützen. Gemeinsam müssen wir dafür werben, dass sich nur in Freiheit gesellschaftliche Dynamik entfalten kann. Denn wir sind überzeugt, dass die Wüsten nicht nur in Israel zum Blühen gebracht werden können. Dies ist eine Aufgabe, der wir uns gemeinsam stellen müssen.

*Dieser Artikel erschien im Vorfeld einer Israelreise als Namensbeitrag in der Welt am Sonntag und in der israelischen Tageszeitung Yediot Ahronot, am 29.10.2006*

### Irans Raketenprogramm

Die Islamische Republik Iran baut seit Jahren ein strategisches Raketenarsenal auf. Meist Weiterentwicklungen nordkoreanischer Raketen.



Ronald Pofalla

# Lohnnebenkosten weiter senken!

**Zu den Arbeitslosenzahlen für den Monat Oktober erklärt der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Ronald Pofalla**

Eine halbe Million Arbeitslose weniger als vor einem Jahr ist eine grandiose Botschaft für unser Land! Damit rutscht die Arbeitslosenquote erstmals seit vier Jahren wieder unter die Zehn-Prozent-Marke. Der Kurs der von der CDU geführten Bundesregierung ist damit mehr als bestätigt.

Der ehemalige SPD-Kanzler Schröder hätte die Champagnerkorken knallen lassen, hätte es in seiner Amtszeit eine ähnliche Bilanz gegeben. Die Christdemokraten geben sich damit aber nicht zufrieden. Die nach wie vor viel zu hohe Zahl der Erwerbslosen ist eine ständige Mahnung, den Reformpfad

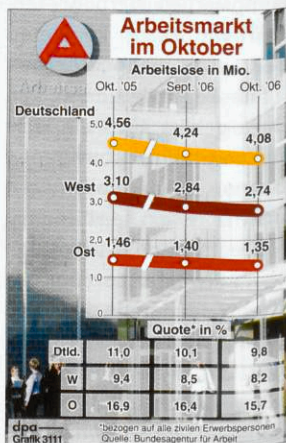


Ronald Pofalla

nicht zu verlassen. Jetzt gilt es, die gute Stimmung mitzunehmen. Alle müssen die Ärmel hochkrepeln: Politik, Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind jetzt aufgefordert, nicht locker zu lassen und jeden Vorschlag für mehr Arbeit unideologisch zu prüfen.

Deshalb hat die CDU die Forderung durchgesetzt, die Lohnnebenkosten weiter nach unten zu drücken. Kon-

kret wird jetzt der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung noch mehr als bisher geplant gesenkt und die Steuermeinnahmen auch zur Stabilisierung der Krankenversicherungsbeiträge genutzt. Damit geben wir den Menschen wieder etwas zurück. Und es ist ein deutliches Signal für den Wirtschaftsstandort Deutschland.



## MEYER: PUNKTSIEG FÜR REGIERUNG

**Die harte Arbeitslosenquote von 10 Prozent wird nach langer Zeit erstmals wieder geknackt. Damit zeigt sich, der Kurs der Regierung stimmt.**

Die Zahl der offenen Stellen ist um 38 Prozent gestiegen. Allein bei der BA

sind 626 000 gemeldet. Daran zeigt sich: Die Lage ist weitaus besser als die Stimmung. Bei den anstehenden Reformen am Arbeitsmarkt müssen wir nun zügig zu effizienten Lösungen kommen. Ziel muss es sein, die offenen Stel-

len schneller zu besetzen und auch denjenigen zu helfen, die bisher am Arbeitsmarkt keine Chance haben. Sie haben es verdient.

**Laurenz Meyer** ist wirtschaftspolitischer Fraktions-sprecher.



Thomas Rachel

## Ehe bleibt Leitbild der Union

**Für die Christlich-Demokratische Union Deutschlands ist und bleibt die lebenslange, von Treue sowie gegenseitiger Fürsorge geprägte Partnerschaft von Mann und Frau, so wie sie sich im grundgesetzlich geschützten Institut der Ehe verwirklicht, fundamentales Leitbild. Daran wird sich auch künftig nichts ändern.**

Im neuen CDU-Grundsatzprogramm soll lediglich in völlig legitimer Weise



Thomas Rachel

darauf hingewiesen werden, dass es neben der Ehe auch

andere Formen verlässlicher und verbindlicher Lebensgemeinschaften gibt, die man – gerade um der Würde der betroffenen Menschen willen – nicht diskriminieren und ausgrenzen darf. Dazu gehören z.B. Eltern ohne Tauschein, Alleinerziehende, geschiedene Eltern, Verwitwete mit Kindern, Halbwaisen, aber auch homosexuell orientierte Menschen in dauerhaften Partnerschaften. ▶

### NDS: BESCHLEUNIGTE VERFAHREN SCHAFFEN ARBEITSPLÄTZE

**Der Vorsitzende der Landtagsfraktion im niedersächsischen Landtag, David McAllister, hat das vom Bundestag beschlossene Gesetz zur Beschleunigung von Planungsverfahren für Infrastrukturvorhaben begrüßt.**

„Die Infrastrukturpolitik bekommt mit dieser Gesetzgebung endlich den notwendigen Schwung, damit Deutschland im europäischen Binnenmarkt im Wettbewerb um Investitionsprojekte besser mithalten kann“, sagte McAllister. Dies sei wichtig, weil Deutschland noch

stärker als bisher die Rolle eines bevorzugten Standortes für Logistikdienstleister, Industrie und Mittelstand sowie eines Transitlandes zukomme und deshalb besonders auf eine leistungsfähige Infrastruktur angewiesen sei. Mit diesem Gesetz habe der Bundestag auch eine Forderung der Fraktionsvorsitzenden in den Ländern umgesetzt. „Die lange Dauer von Planungsverfahren hat bisher die schnelle Realisierung von Infrastrukturpro-



David McAllister

jekten gehemmt. Private Investoren sind zum Teil regelrecht abgeschreckt worden. Mit dem Beschleunigungsgesetz wird die Planung der Projekte effizienter, transparenter und schneller. Das sind für private Investoren Schlüsselkriterien, um ihr Kapital in Deutschland anzulegen. Schnellere Planungen bedeuten eine schnellere Realisierung von Bauvorhaben und damit mehr Arbeitsplätze“, betonte der Fraktionsvorsitzende.

► Der springende Punkt dabei ist für die Union allerdings: Die auf Verbindlichkeit und Treue angelegten außerehelichen Partnerschaftsformen sind keineswegs das Gleiche wie die Ehe. Von daher lehnen wir weiterhin sowohl eine „Homo-Ehe“ als auch das Adoptionsrecht für homosexu-

elle Lebenspartnerschaften ab. Zusammen mit den Kirchen werben die Christinnen und Christen in der Union und so auch insbesondere der EAK der CDU/CSU für die bleibende Förderung und den Schutz der Ehe von Mann und Frau als beste familiäre Grundlage. Ehe und Familie haben unsere volle

Unterstützung. Wir kommen hier unserer Verantwortung nach, indem wir sagen, wozu wir stehen und gleichzeitig die Realitäten in unserem Lande nicht ignorieren.“

**Thomas Rachel** ist der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU.

## BADEN-WÜRTTEMBERG: SÜD-WEST CDU VERABSCHIEDET PROGRAMM

**Die baden-württembergische CDU hat sich in der Diskussion um die künftigen Leitlinien der Politik ein eigenes Grundsatzprogramm gegeben.**

Auf einem Parteitag in Pforzheim verabschiedete die Süd-West CDU einstimmig ein Programm unter dem Titel „Für eine neue Balance zwischen Gegenwart und Zukunft“. Das neue Programm, das maßgeblich von der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Bundesbildungsministerin, Annette Schavan, vorbereitet wurde, ersetzt ein im Jahr 1990 in Ulm verabschiedetes Grundsatzpapier. Zentrale Punkte sind die Haushaltsanierung, die Familienpolitik, der demografische



Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther H. Oettinger Foto: dpa

Wandel, die Globalisierung und die Bildung. Erstmals führt die Landes-CDU auch den Begriff der Nachhaltigkeit in ihre Programmatik ein. Als Ziel wird eine „soziale und ökologische Marktwirtschaft“ genannt. Der Modernisierungskurs

der CDU wird unter anderem auch beim Thema Familien und Kinder sichtbar. Dort heißt es, die Verantwortung der Eltern für ihre Kinder stehe an erster Stelle. Familienarbeit könne aber nicht nur Aufgabe von Frauen sein, sondern müsse – viel stärker als bisher – auch von Männern übernommen werden. Auch wird sowohl für Frauen als auch für Männer eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf angestrebt.

Ministerpräsident Günther H. Oettinger betonte, das neue Grundsatzprogramm sei für ihn das Fundament für die Arbeit der kommenden Jahre. Er wolle es „respektieren und umsetzen“, versicherte der Ministerpräsident.

Annette Schavan

## Ausbildungspakt wird fortgesetzt

**Die aktuelle Ausbildungsbilanz zeigt Licht und Schatten: Die Industrie- und Handelskammern verzeichnen bei den Ausbildungsplätzen ein Plus von vier Prozent.**

Selbst beim Handwerk gibt es trotz Arbeitsplatzabbaus ein Plus von 1,6 Prozentpunkten. Schon allein deshalb müssen wir den Ausbildungspakt über das Jahr 2007 hinaus verlängern. Aber die Zahl der Bewerber ist deutlich gestiegen. Wir müssen deshalb alles daran setzen, um die Situation für die jungen Menschen zu verbessern.

Es geschieht etwas. Beim Programm „Jobstarter“ hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung die Zahl der Projekte verdoppelt. „Jobstarter“ ist ein Strukturprogramm für die Regionen, in denen der Mittelstand so schwach ist, dass er allein die Berufsausbildung nicht leisten kann. Die Bundesregierung hat allein in den Neuen Ländern 13 000 Ausbildungsstellen geschaffen. Mit einem Beschluss des Kabinetts wurde die Zahl der Plätze für die Einstiegsqualifizierung auf 40 000



Annette Schavan

erhöht. 60 Prozent der Jugendlichen schaffen so den Übergang in eine duale Ausbildung. Weil Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders betroffen sind, wurden mit Unternehmern ausländischer Herkunft 10 000 zusätzliche Ausbildungsplätze vereinbart. Im Rahmen des „Innovationskreises für berufliche Bildung“ beraten Bundesregierung, Länder und Sozialpartner gemeinsam weitere Lösungen.

Eine besondere Herausforderung sind die so genannten Altbewerber, also jene jungen Männer und Frauen, die schon vor einem Jahr oder früher die Schule verlassen haben. Sie können nicht allein durch den Ausbildungspakt oder andere Programme in eine Berufs-

ausbildung vermittelt werden. Die Herausforderung ist vielschichtig. Um zielgerichtet handeln zu können, brauchen wir einen Überblick über die tatsächliche Zahl von so genannten Altbewerbern und die genauen Gründe, weshalb diese jungen Leute keine Lehrstelle finden.

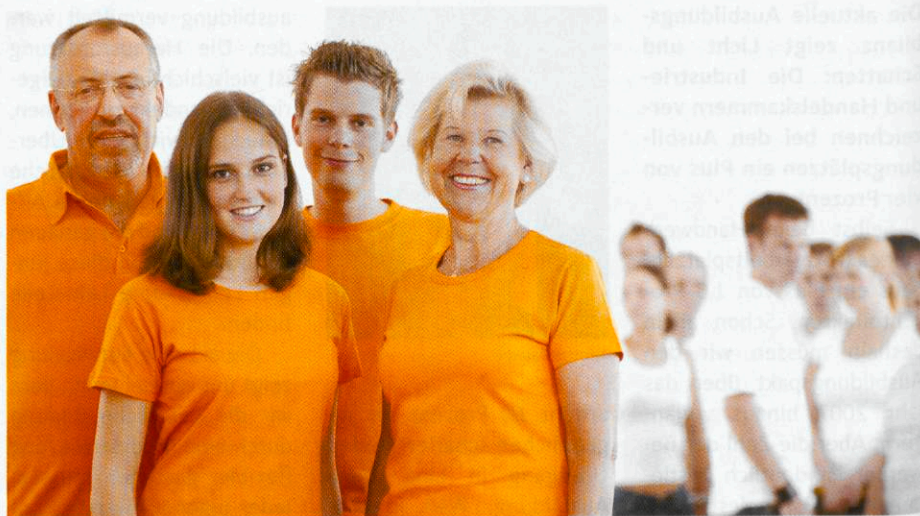
Die aktuelle Entwicklung zeigt uns einmal mehr, dass wir die berufliche Bildung durch eine Modularisierung flexibler gestalten müssen. Jeder Jugendliche muss unterschiedliche Ausbildungsschritte aufeinander aufbauen und dann seine Prüfung ablegen können. Schon jetzt bietet das Gesetz Möglichkeiten dafür. Sie müssen noch besser genutzt werden.

Wir setzen alles daran, dass jeder Jugendliche eine Berufsausbildung machen kann. Dazu verpflichtet uns der Generationenvertrag. Wir verbessern so die Zukunftschancen der jungen Generation. Die Bundesregierung tut etwas.

**Annette Schavan** ist stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands und Bundesministerin für Bildung und Forschung.

„Farbe bekennen“

# Neue Mitgliederwerbekampagne



Farbe bekennen.  
Mitglied werden.



**Leitfaden Mitgliederwerbung**  
**Farbe bekennen.**  
**Mitglied werden.**

Bestell-Nummer: **4019**  
Preis je **25 Stück: 14,50 €**  
inkl. MwSt.: 15,52 €

Westfalen statt. Auf den Schulungen wurden Aktionsbeauftragte, Botschafter und Interessierte an der Mitgliederwerbung durch Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle über die aktuelle politische Lage und die Durchführung der Kampagne informiert und durch einen professionellen Rhetor-

Es ist soweit: Unter dem Motto „Farbe bekennen“ ist die Mitgliederwerbekampagne 2006/2007 seit einigen Wochen angelaufen und innerhalb der Partei bisher auf sehr gute Resonanz gestoßen. Erste Schulungsveranstaltung fanden für die Landesverbände Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen sowie für die Landesverbände Baden-Württemberg und Nordrhein-

Farbe bekennen.  
Mitglied werden.



**Leporello**  
**Farbe bekennen.**  
**Mitglied werden.**

Bestell-Nummer: **5932**  
Preis je **100 Stück: 16,50 €**  
inkl. MwSt.: 17,66 €



### Aufnahmeantrag

Bestell-Nummer: **6719**  
**200 Stück kostenlos!**



### Aufnahmeantrag Kurzfassung

Bestell-Nummer: **6080**  
**200 Stück kostenlos!**

Was also haben wir vor? Viele Elemente der alten Kampagne haben wir beibehalten – das Botschaftermodell, die Schulungen vor Ort und den Wettbewerb zwischen den Verbänden. Sie haben sich

riktrainer in der Führung von Werbegesprächen geschult.

Sowohl die Resonanz auf unsere erste Schulungsveranstaltung wie auch die vielfältigen Zuschriften, die uns aus der Partei erreichen sowie die hohen Abrufzahlen unserer Materialien zeigen, mit welchem großem Engagement und Motivation die Partei vor Ort die Mitgliederwerbung angeht, zeigte sich der Schirmherr der Kampagne, Ronald Pofalla, zufrieden.

Wir wollen wieder wachsen. „Neue Mitglieder bringen wichtige Impulse und neue Ideen“, betont Generalsekretär Ronald Pofalla. „Unsere Partei lebt durch ihre Mitglieder, denn sie machen uns in ihrer Vielfalt zur Volkspartei.“ Außerdem kann nur so die Basisarbeit geleistet, die Kampagnenfähigkeit erhalten und die finanzielle Grundlage der Parteiarbeit gesichert werden. Und auch Funktionen und Mandate müssen übernommen werden.

bewährt und sollen jetzt neuen Schwung erhalten. Zusätzlich gibt es neue Elemente, beispielsweise die Verknüpfung der Kampagne mit der aktuellen Debatte zum Grundgesetzprogramm. Einen solchen Prozess aktiv mitgestalten zu können, kann bereits ein Anreiz sein, sich in unserer Partei zu engagieren. Schließlich ist jetzt die Gelegenheit da, den



### Broschüre „Farbe bekennen. Bot- schafter werden.“

Bestell-Nummer: **5335**  
 Preis je **50 Stück: 17,25 €**  
 inkl. MwSt.: 18,46 €

eigenen Vorstellungen Gehör zu verschaffen und die Leitlinien für die nächsten Jahre mitzuentwickeln.

Um all diese Ideen praktisch umsetzen zu können, hat die Bundesgeschäftsstelle ein umfangreiches Angebot an begleitenden Materialien bereitgestellt. Zentrales Kampagnenelement ist der Leitfaden mit dem Titel „Farbe bekennen. Mitglied werden“. Er enthält alle wichtigen Informationen zu der neuen Kampagne sowie Tipps und praktische Hinweise. Das neue Kampagnenmotiv gibt es selbstverständlich auch als Wandzeitung.

## BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
 CDU-Kundenbetreuung  
 Telefax 0 52 41-8 09 41 65  
 E-Mail: [cdu-shop@bertelsmann.de](mailto:cdu-shop@bertelsmann.de)

**Nutzen Sie auch unseren E-Shop unter**  
[www.cdunet.de](http://www.cdunet.de)

Darüber hinaus haben wir für die Werber unterstützendes Material zur Gesprächsführung zusammengestellt. Denn die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt: Erfolg verspricht vor allem die Ansprache möglicher Interessenten im persönlichen Umfeld. Damit die Werber der CDU – die Botschafter – gut vorbereitet in ein Gespräch mit einem möglichen Interessenten gehen können, wollen wir sie mit Argumentationshilfen unterstützen. Folgende Argumentationskarten finden Sie auf unserer Kampagnenseite im Mitgliedernetz unter [www.cdunet.de](http://www.cdunet.de):

- Werbegespräch – Warum Mitglied werden?
- Werbegespräch – so könnte es laufen.
- „Einwände gegen eine Mitgliedschaft – und wie man sie entkräftet!“

„Wir können es gemeinsam schaffen, unsere Mitgliederentwicklung bald wieder zum Positiven zu gestalten. Im Moment sieht es zusätzlich ganz danach aus, dass wir in wenigen Monaten mitgliederstärkste Par-

## SCHULUNGSVERANSTALTUNGEN

07.10.2006	Hamburg	✓
20.10.2006	Baden-Württemberg I	✓
26.10.2006	Nordrhein-Westfalen I	✓
27.10.2006	Nordrhein-Westfalen II	✓
10.11.2006	Baden-Württemberg II	✓
18.11.2006	Niedersachsen/Braunschweig/Oldenburg	✓
07.12.2006	Hessen	
09.12.2006	Rheinland-Pfalz/Saarland	
27.01.2007	Sachsen-Anhalt/Sachsen/Thüringen	
29.01.2007	Mecklenburg-Vorpommern/Berlin/Brandenburg	

Uhrzeiten und Orte der Veranstaltungen entnehmen Sie bitte der ständig aktualisierten Liste im CDU-Mitgliedernetz unter [www.cdunet.de](http://www.cdunet.de). Dort finden Sie auch weitere Informationen zur Mitgliederwerbekampagne.



**Wandzeitung für Ihre Werbekampagne**  
DIN A2 quer

Preis je **10 Stück: 8,00 €**  
inkl. MwSt. und Versand

Bestellung richten Sie bitte per E-Mail an:  
[bestellungen@ubg-medienzentrum.de](mailto:bestellungen@ubg-medienzentrum.de)  
oder per Fax an 02226-802333.

tei in Deutschland sein werden. Das wäre das erste Mal seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland, dass die CDU vor der SPD liegt. Dies sollte für uns alle ein zusätzlicher Ansporn sein, unser Werben um Neumitglieder weiter zu verstärken,“ so der Generalsekretär. Dass eine erfolgreiche Entwicklung der Mitgliederzahlen möglich ist, zeige ein Blick auf die Kreisverbände, unterstreicht Ronald Pofalla: „Mitgliederzuwachs oder Mitgliederschwund sind nicht allein das Resultat demographischer oder gesellschaftlicher Veränderungen. Sie sind ganz wesentlich auf die Aktivitäten der Verbände und den Einsatz der Mitglieder sowie der Funktions- und Mandatsträger vor Ort zurückzuführen.“

**Also: Farbe bekennen, Mitglieder werben!**

## Klimaschutz ist präventive Sicherheitspolitik

Klimaveränderungen treffen zuerst die Armen. Stürme, Überschwemmungen und Verwüstung berauben diese ihrer Lebensperspektive und zwingen sie in die Migration.

Die Folge davon sind Flüchtlingsströme und kriegerische Auseinandersetzungen, die auch uns betreffen. Daher sind die Industrienationen auch im eigenen Interesse aufgefordert die eigene und die internationale Klimaschutz- und Umweltpolitik zukunftsorientiert voranzubringen.

Wichtig ist dabei vor allem, über die Einbeziehung der Naturwaldflächen in den Emissionshandel dafür zu sorgen, dass die gewaltigen Naturwälder als zentrale Klimastabilisatoren erhalten bleiben. Ohne die finanzielle Honorierung des nachhaltigen Managements der Wälder durch den Emissionshandel, von dem auch die Bevölkerung der Entwicklungsländer profitiert, wird die Zerstörung dieser biologischen Schatzkammer fortschreiten. Statt der stabilisierenden Funktion wird durch zusätzliche Emissionen das Klima weiter belastet.



Christian Ruck

Die internationale und deutsche Entwicklungszusammenarbeit ist zudem gefordert, durch die Stärkung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Bürger in Entwicklungsländern die Auswirkungen der jetzigen Klimafolgen abzumildern, gleichzeitig aber auch die Einführung Klimaschonender Technologien zu unterstützen.

**Christian Ruck** ist der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Guter Tag für deutsche Verkehrsinfrastruktur

**Der Abschluss der parlamentarischen Beratungen im Deutschen Bundestag zum Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz und das Bekanntwerden des Investitionsrahmens-**

**plans des Bundes für den Zeitraum 2006-2010 sind ein guter Tag für die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland. Verkehrsinfrastruktur ist Standortfaktor Nr. 1 – die Große Koalition richtet ihr Handeln daran aus.**

Das Auslaufen der Sonderregelungen im Bereich der Verkehrswegeplanung für die Neuen Länder war Anlass, grundlegende Vereinfachungen und Beschleunigungen bei der Infrastrukturplanung zu entwickeln. Die Große Koalition hat dazu den alten, rot-grünen Gesetzentwurf grundlegend überarbeitet. Ergebnis ist nun ein effizientes Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz.

Zu den Kernelementen der Vereinfachung gehören u. a. die erst- und letztinstanzliche Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts für eine etwaige gerichtliche Überprüfung dringlicher Verkehrsvorhaben, die Einführung von Präklusionsfristen für die Beteiligungsrechte der anerkannten Natur- und Umweltschutzvereinigungen, die deutschlandweite Einführung der Möglichkeit, auf Raumordnungsverfahren zu verzichten oder auch die Verlängerung der Geltungsdauer von Planfeststellungsverfahren.



Dirk Fischer

Mit diesem Gesetz brechen wir die teilweise verkrusteten Strukturen im Planungsrecht auf und verbessern so die Investitionsbedingungen am Standort Deutschland.

Der bekannt gewordene Entwurf des Investitionsrahmenplans für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes für den Zeitraum 2006-2010 beinhaltet die Aufstellung von Verkehrsprojekten, die im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten durch Bundesmittel finanziert werden sollen. Die Investitionsschwerpunkte umfassen die Stärkung von Erhalt und Modernisierung des Bestandsnetzes, die zügige Fertigstellung laufender Vorhaben, die Beseitigung von Engpässen an hoch belasteten Verkehrsknoten und Strecken, die Bewältigung des Verkehrswachstums im Zuge der EU-Osterweiterung und die Förderung moderner



Renate Blank

Technologien zur Stärkung des Verkehrssystems. Insgesamt eine ehrgeizige Investitionsplanung des Ministeriums, deren prinzipielle Umsetzung wir gern unterstützen.

**Dirk Fischer** ist der verkehrspolitische Fraktions-sprecher, **Renate Blank** ist die zuständige Berichterstatterin der Arbeitsgruppe im Verkehrsausschuss.

## Rentenfinanzen konsolidieren

**Die Rentenfinanzen müssen grundlegend konsolidiert werden. Ein solides finanzielles Fundament ist Grundvoraussetzung für eine verlässliche und nachhaltige Rentenpolitik.**

Aus diesem Grund haben CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag eine moderate Anhebung des Rentenbeitrages zum 1. Januar

2007 von heute 19,5 Prozent auf 19,9 Prozent verabredet. Das Bundeskabinett hat diese Abrede mit seinem jüngsten beschlossenen Gesetzentwurf über die Festsetzung der Beitragsätze in der gesetzlichen Rentenversicherung für das Jahr 2007 umgesetzt und den erforderlichen Gesetzentwurf beschlossen. Wir begrüßen diese Entscheidung nachdrücklich und unterstützen den Gesetzentwurf uneingeschränkt.

CDU/CSU und SPD haben sich zum Ziel gesetzt, den Rentenbeitrag in dieser Wahlperiode nicht über die Marke von 19,9 Prozent steigen zu lassen und gleichzeitig die Rentenfinanzen zu stabilisieren. Vor diesem Hintergrund ist eine Anhebung des Rentenbeitrages auf 19,9 Prozent im kommenden Jahr unumgänglich. Die Rentenversicherung erhält damit einen finanziellen Puffer für das Jahr 2008. Für Arbeitgeber und Arbeitnehmer bleibt im Hinblick auf die deutliche Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages im kommenden Jahr unter dem Strich immer noch eine spürbare finanzielle Entlastung.

Diese Entscheidung bildet zugleich den Startschuss für die anstehende





Ralf Brauksiepe



Peter Weiß

Rentenreform, auf die wir uns in der Koalitionsarbeitsgruppe in den letzten Wochen verständigt haben und die wir noch in diesem Jahr auf den parlamentarischen Weg bringen werden.

**Ralf Brauksiepe** ist der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Fraktionssprecher, **Peter Weiß** ist der zuständige Berichterstatter.

## Weiter positive Nachrichten vom Arbeitsmarkt

Die positiven Nachrichten vom Arbeitsmarkt setzten sich fort. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Oktober 2006 um mehr als 150.000 auf 4,085 Mio. Arbeitslose gesunken. Das ist der niedrigste Stand seit fast vier Jahren.

Im Vergleich zum Vorjahr gab es mehr als 470.000 Arbeitslose weniger. Erst-

mals seit November 2002 liegt die Arbeitslosenquote in Deutschland mit 9,8 Prozent wieder unter der 10-Prozent-Marke. Daran wird deutlich: Neben der saisonüblichen Herbstbelebung hinterlässt der Konjunkturaufschwung auch am Arbeitsmarkt deutliche positive Spuren.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nimmt unverändert zu. Gegenüber dem Vorjahr gab es hier einen Anstieg um 258.000 auf nunmehr 26,56 Mio. Beschäftigungsverhältnisse. Damit ist nicht nur endgültig der Aderlass bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen der letzten fünf Jahre gestoppt, sondern es ist endlich auch eine Trendwende zu mehr Beitragszahlern gelungen. Hiervon profitiert im besonderen Maße die Sozialversicherung, in deren Kassen es

nach Jahren der Beitragseinbrüche endlich wieder klingelt.

Die Konjunktur brummt, die Arbeitslosigkeit sinkt, Fiskus und Sozialkassen melden neue Einnahmekorde. Bei allen noch zu bewältigenden Anstrengungen auf dem Arbeitsmarkt, besonders um auch Langzeitarbeitslosen wieder eine Chance auf Arbeit zu geben, gilt: Die wirtschaftlichen Zahlen zeigen eindeutig, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

**Ralf Brauksiepe** ist der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Fraktionssprecher.

Auf der Internetseite der Bundestagsfraktion steht Ihnen aktuell unter [www.cdcsu.de](http://www.cdcsu.de) folgende Papiere zum Download zur Verfügung:

- „Die Gesundheitsreform – Mehr Transparenz, mehr Wettbewerb, mehr Eigenverantwortung, weniger Bürokratie“ (Faltblatt, PDF)
- „Energie- und Entwicklungspolitik stärker verzahnen“, Positionspapier der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (PDF)





### Eiskratzer

Bestell-Nummer: **9890**  
 Preis je **70 Stück: 45,00 €**  
 inkl. MwSt.: 52,20 €



### Spielkarten „Französisches Bild“

Bestell-Nummer: **9540**  
 Preis je **50 Stück: 31,00 €**  
 inkl. MwSt.: 35,96 €

### Spielkarten „Deutsches Bild“

Bestell-Nummer: **9507**  
 Preis je **50 Stück: 31,00 €**  
 inkl. MwSt.: 35,96 €



### Taschentücher „Freiheit für alle Nasen“

Bestell-Nummer: **9637**  
 Preis je **144 Stück: 28,00 €**  
 inkl. MwSt.: 32,48 €

### CDU-Regenschirm

Bestell-Nummer: **9658**

Preis je **Stück: 7,70 €**

inkl. MwSt.: 8,93 €



### Regenschirm Super-Mini von Samsonite „Senioren-Union“

Bestell-Nummer: **9240**

Preis je **Stück: 9,50 €**

inkl. MwSt.: 11,02 €



### Pfefferminzriegel „Senioren-Union“

Bestell-Nummer: **9242**

Preis je **50 Stück: 14,50 €**

inkl. MwSt.: 16,82 €



### Pfefferminztabletten „FU“

Bestell-Nummer: **9095**

1 kg ca. **333 Stück: 18,00 €**

inkl. MwSt.: 20,88 €



UBG  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, DPAG  
Entgelt bezahlt.



## Leporello „Das neue Elterngeld“

Bestell-Nummer: **2338**  
Preis je **100 Stück: 11,50 €**  
inkl. MwSt.: 12,52 €

### BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
CDU-Kundenbetreuung  
Telefax 05241-8094165  
E-Mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de

**Nutzen Sie auch unseren  
E-Shop unter  
[www.cdunet.de](http://www.cdunet.de)**